

Eine Million Unterschriften gegen EU-Wasserpläne

hmk. BRÜSSEL, 11. Februar. Die Initiative „Wasser ist Menschenrecht – Right 2 Water“ hat die für ein Europäisches Bürgerbegehren nötige Schwelle von einer Million Unterschriften überschritten. Wie die Initiative gegen das vermeintliche Vorhaben der EU-Kommission, die Wasserversorgung in Europa zu privatisieren, auf ihrer Internetseite mitteilte, haben bisher rund 1,02 Millionen Menschen das Begehren unterzeichnet. Ziel sei es nun, bis September 2 Millionen Unterschriften zu sammeln. Das Europäische Bürgerbegehren hat die EU mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Es trat im April 2012 in Kraft. Bisher ist es aber noch keiner Bürgerinitiative gelungen, das nötige Quorum zu erreichen. Greenpeace hatte 2010 eine Million Unterschriften gegen die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa gesammelt. Die Kommission hat nach der Unterschriftensammlung drei Monate Zeit, um die Initiative zu prüfen. Lehnt sie diese ab, muss sie das begründen. Die Initiative bezieht sich auf einen Kommissionsvorschlag zur einheitlichen Ausschreibung von Konzessionen etwa zur Wasserversorgung. Eine Privatisierung der Wasserversorgung fordert der Vorschlag aber nicht.

FAZ, 12.2.13

Aufruf für die 30-Stunden-Woche

pik. BERLIN, 11. Februar. Mit der Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich will ein Bündnis aus Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Politikern die wirtschaftspolitische Debatte im Land beeinflussen. Die hohe Arbeitslosigkeit führe zu einem Überangebot an Arbeitskräften, drücke die Löhne und setze Beschäftigte unter Druck. „Notwendig ist eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung“, heißt es in dem offenen Brief, der sich an Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Kirchen richtet. Zu den rund 100 Erstunterzeichnern zählt die Linke-Vorsitzende Katja Kipping neben den Wissenschaftlern Rudolf Hickel, Christoph Butterwege und Oskar Negt. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände wies den Vorschlag als absurd zurück: „Die Lohnstückkosten würden dadurch drastisch nach oben getrieben und der ohnehin bestehende Fachkräftemangel nochmals erheblich verschärft.“ Die deutsche Wettbewerbsposition würde sich dadurch schwächen.

ANZEIGE

China plant eine riesige U

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, und damit wachsen auch die politischen Risiken. Deshalb fordert der Staatsrat radikale Schritte. Reiche und Staatskonzerne sollen ein Sozialsystem finanzieren, die Landwirtschaft soll gefördert werden. Kritiker zweifeln aber an der Umsetzung des riesigen Vorhabens.

Von Christoph Hein

SINGAPUR, 11. Februar. Chen Longliang fährt fast 40 Stunden mit Zug und Bus, um vom Heute ins Gestrern zu gelangen. Das Heute, das ist sein Arbeitsplatz auf den Baustellen der chinesischen Wirtschaftsmetropole Shanghai. Das Gestrern ist sein Elternhaus auf dem Land, gelegen in einer bäuerlichen, von Armut geprägten Westprovinz. Die Tage um Chunyun, das chinesische Frühlingsfest, bringt Chen zu Hause zu – so wie Hunderte Millionen anderer Chinesen. Schon bei seiner übernächsten Neujahrsreise, 2015, aber sollte der Wanderarbeiter Chen in einer ganz anderen Heimat aus dem Bus steigen: Setzt die Regierung ihre ehrgeizigen Pläne um, wird das ländliche China sich sprunghaft entwickeln. Denn die Partei in Peking fürchtet, dass die wachsende Ungleichheit zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, das System aus den Angeln heben könnte. Bis 2020 soll sich das Durchschnittseinkommen auf Basis der Werte von 2010 verdoppelt haben.

Deshalb hat der Staatsrat ein umfassendes Paket genau in der Zwischenzeit – die neue Führung ist bestimmt, regiert aber noch nicht – verabschiedet. An ihm wurde sieben Jahre gearbeitet, es ist keiner der beiden Regierungen genau zuzuordnen, könnte Abschieds- oder Antrittsgeschenk an das Volk sein. Die Forderungen unterstreichen den Kurswechsel vom reinen Wachstum auf mehr Nachhaltigkeit. Hätte es dafür noch eines letzten Anstoßes bedurft, so war dies der quälende Smog, der seit Wochen über der Hauptstadt Peking hängt und den Menschen den Atem nimmt. Unter dem Druck des schwefeligen Rauchs von Industrie und Verkehr sagten die Politiker, Wachstum um jeden Preis sei nicht mehr angestrebt.

So wie die Umweltzerstörung nun in nie gekannter Offenheit kritisiert wird, so spricht die Regierung auch die Kluft zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen an. Sie wächst. Der Gini-Koeffizient, der das Gefälle misst, hat längst Höhen erreicht, auf denen es nach allen Erfah-



Chinesen auf dem Land verdienen durch

Deshalb hat der Staatsrat ein umfassendes Paket verabschiedet, das tief an den Wurzeln der zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde ansetzt. Sein Kern ist die bessere Absicherung der ganz überwiegenden Mehrheit der Chinesen. Dafür werden die Wohlhabenden, aber auch die Staatsbetriebe zur Kasse gebeten. „Das Stadt-Land-Gefälle und die Unterschiede in den Einkommen sind relativ hoch, sie sind ungleichmäßig verteilt, es gibt ‚graue‘ und illegale Einkommen und ein Teil der Massen leben unter schwierigen Umständen“, räumt das Papier ein. Geplant ist die größte Umverteilungsaktion Chinas nach dem Ende der Mao-Zeit.

Die Politiker verkünden das Ziel, innerhalb von nur zwei Jahren die Zahl der Armen von derzeit 128 Millionen auf 4 Millionen zu verringern. Als arm gilt in der Volksrepublik, wer im Jahr weniger als 2300 Renminbi verdient – oder 7 Eurocent am Tag. „Eine fairere Einkommensverteilung ist ein entscheidender Schritt, um Gleichheit und Gerechtigkeit sowie Stabilität und Harmonie zu wahren“, stellt die Regierung fest. Besonders fällt der Abstand zwischen Stadt und Land ins Auge: Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Chinas Städten lag 2011 bei durchschnittlich 22 000 Renminbi im Jahr (gut 2600 Euro). Auf dem Land verdienten die Menschen mit 7000